S 195 SO 3349/13

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land
Sozialgericht
Sachgebiet
Abteilung
Kategorie
Bemerkung

Rechtskraft Deskriptoren

Leitsätze

Normenkette

Berlin-Brandenburg

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sozialhilfe

15 Urteil

Die Revision des Beklagten gegen das Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 13. Februar 2020 wird mit der Maßgabe zurückgewiesen, dass der Beklagte für die Zeit bis zum 31. Dezember 2019 518

597,85 Euro zu erstatten hat.

Eingliederungshilfe – Pflegefamilie – Familienpflege – Erstattungsstreit – örtliche Zuständigkeit

1. Die Klage eines Leistungsträgers auf Feststellung der Zuständigkeit eines anderen ist infolge Subsidiarität unzulässig.

2. Die örtliche Zuständigkeit des Trägers der Sozialhilfe bzw. der Eingliederungshilfe bestimmt sich jedenfalls bei erwachsenen hilfebedürftigen Personen, die bereits am 31. Dezember 2019 Eingliederungshilfe in Form der Familienpflege (= in und durch eine "Pflegefamilie") erhalten hatten, nach ihrem tatsächlichem Aufenthalt. Diese Hilfeform stellt keine ambulant betreute Wohnmöglichkeit dar.

SGB 9 § 2

SGB 9 § 14 Abs 1 i.d.F. ab 1.1.2020

SGB 9 § 14 Abs 2 i.d.F. ab 1.1.2020

SGB 9 § 14 Abs 3 i.d.F. ab 1.1.2020

SGB 9 § 14 Abs 4

SGB 9 § 39 i.d.F. bis 31.12.2017

SGB 9 § 41 i.d.F. bis 31.12.2017

SGB 9 § 42 Abs 2 Nr 2 i.d.F. bis

31.12.2017

SGB 9 § 136 ff i.d.F. bis 31.12.2017

SGB 9 § 55 Abs 1 i.d.F. bis 31.12.2017

SGB 9 § 58 i.d.F. ab 1.1.2018

SGB 9 § 63 Abs 2 Nr 4 i.d.F. ab 1.1.2018 SGB 9 § 94 Abs 1 i.d.F. ab 1.1.2020 SGB 9 § 98 Abs 1 i.d.F. ab 1.1.2020 SGB 9 § 98 Abs 5 i.d.F. ab 1.1.2020 SGB 9 § 99 i.d.F. ab 1.1.2020 SGB 9 § 102 Abs 1 Nr 4 i.d.F. ab 1.1.2020 SGB 9 § 111 Abs 1 Nr 1 i.d.F. ab 1.1.2020 SGB 9 § 113 i.d.F. ab 1.1.2020 SGB 9 § 219 ff i.d.F. ab 1.1.2018 SGB 10 § 104 SGB 10 § 105 SGB 12 § 53 Abs 1 i.d.F. bis 31.12.2019 SGB 12 § 54 Abs 1 S 1 i.d.F. bis 31.12.2019 SGB 12 § 98 Abs 1 SGB 12 § 98 Abs 2 SGB 12 § 98 Abs 5 SGB 12 § 107 SGG § 51 Abs 1 Nr 6 a i.d.F. ab 1.1.2020 SGG § 55 Abs 1 Nr 1 SGG § 55 Abs 1 Nr 2 SGG § 75 Abs 2

1. Instanz

Aktenzeichen S 195 SO 3349/13 Datum 08.09.2016

2. Instanz

Aktenzeichen L 15 SO 274/16 Datum 13.02.2020

3. Instanz

Datum 19.05.2022

Auf die Berufung des Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 8. September 2016 insoweit aufgehoben, als darin festgestellt worden ist, dass der Beklagte die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege künftig in eigener Zuständigkeit zu leisten hat. Insoweit wird die Klage abgewiesen. Im Ã□brigen wird die Berufung zurückgewiesen. Der Beklagte trägt auch die Kosten des Berufungsverfahrens. Die Revision wird zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist, ob der Kläger die Erstattung von Aufwendungen, die ihm durch die Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Sechsten Kapitel des Sozialgesetzbuchs Zwölftes Buch (SGB XII) in der bis zum 31. Dezember 2019

geltenden Fassung bzw. des Teils 2 des Sozialgesetzbuchs Neuntes Buch (SGB IX) in der ab 1. Januar 2020 geltenden Fassung sowie von Hilfen zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des SGB XII an den leistungsberechtigten W (im Folgenden: Leistungsberechtigter) entstanden sind, und eine Feststellung zur LeistungszustĤndigkeit des Beklagten beanspruchen kann.

Bei dem am 5. Juni 1992 im Zuständigkeitsbereich des Klägers geborenen und bis Anfang 1993 dort bei seiner leiblichen Mutter wohnenden bzw. â∏Bereitschaftspflegefamilienâ∏ zugewiesenen Leistungsberechtigten besteht von Geburt an eine dauernde geistige Behinderung in Gestalt einer schwergradigen Intelligenzminderung, eines Down-Syndroms und einer Hypothyreose. Seit Februar 1993 sind bei ihm nach dem Recht der Teilhabe ein Grad der Behinderung von 100 und die Voraussetzungen für die Merkzeichen B, G und H festgestellt.

Seit Januar 1993 lebt der Leistungsberechtigte in einer Pflegefamilie im Kreisgebiet des Beklagten, der durch sein Jugendamt bis zum Eintritt der VolljĤhrigkeit Hilfen zur Erziehung in Vollzeitpflege gewĤhrte. Die Pflegemutter ist seit 1994 Betreuerin des Leistungsberechtigten in sĤmtlichen Angelegenheiten. Seit 1994 trĤgt der Leistungsberechtigte den Familiennamen der Pflegefamilie. Am 29. MĤrz 2010 beantragte der Leistungsberechtigte beim Beklagten, ihm â\[der Sache nach fÃ\[argle arg

Der Beklagte leitete den Antrag mit einem am 9. April 2010 dort eingegangenen Anschreiben an den Kläager weiter. Er bezog sich auf <u>ŧ 14 Abs. 1 SGB IX</u> und machte geltend, dass der Kläager nach <u>ŧ 98 Abs. 5 i.V. mit <u>ŧ 107 SGB XII</u> <u>Ķrtlich zuständig sei. Vor Eintritt in die Familienpflege habe der Leistungsberechtigte seinen gewä¶hnlichen Aufenthalt im Zuständigkeitsbereich des Kläagers gehabt.</u></u>

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{\tilde{g}}\)er sandte den Antrag mit Anschreiben vom 14. April 2010 an den Beklagten zur\(\tilde{A}^1\)\(\tilde{4}\)ck und vertrat die Auffassung, dass \(\tilde{A}\)\(\tilde{1}\) 1 SGB IX auf die \(\tilde{A}\)\(\tilde{I}\)rtliche Zust\(\tilde{A}\)\(\tilde{m}\)ndigkeit nicht anwendbar sei. Die \(\tilde{A}\)\(\tilde{I}\)rtliche Zust\(\tilde{A}\)\(\tilde{m}\)ndigkeit des Beklagten sei ab Eintritt der Vollj\(\tilde{A}\)\(\tilde{m}\)hrigkeit des Leistungsberechtigten begr\(\tilde{A}^1\)\(\tilde{4}\)ndet, weil ab dann der tats\(\tilde{A}\)\(\tilde{m}\)chliche Wohnort ma\(\tilde{A}\)\(\tilde{\tilde{Q}}\)eblich sei.

Der Beklagte entgegnete mit Schreiben vom 23. April 2010, dass er die Auffassung des Klängers zum Anwendungsbereich des <u>ŧ 14 Abs. 1 SGB IX</u> nicht teile und der Leistungsberechtigte erst am 5. Juni 2010 volljänhrig werde. Der Klänger sei aufgefordert, Ľber den Antrag zu entscheiden. Der Klänger erwiderte darauf mit Schreiben vom 4. Mai 2010 und verteidigte seine Auffassung. Der Tränger der Sozialhilfe werde ohnehin erst ab dem Zeitpunkt der Volljänhrigkeit des Leistungsberechtigten fä½r die geltend gemachten Leistungen zuständig, die zuvor nach dem Jugendhilferecht zu erbringen seien. Der Beklagte strebe die Regelung eines kä¼nftigen Zustandes an. Die ihm vom Beklagten zugeleiteten Antragsunterlagen fä¼gte er erneut bei.

Unterdessen hatte der Leistungsberechtigte beim Kläger am 26. April 2010 ebenfalls Eingliederungshilfe beantragt. Der Kläger setzte ihn mit Schreiben vom

5. Mai 2010 von seiner gegenüber dem Beklagten vertretenen Rechtsauffassung zur örtlichen Zuständigkeit in Kenntnis.

In einem vom Leistungsberechtigten daraufhin angestrengten Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes wurde dann der Kläger (erstinstanzlich noch: der Beklagte) verpflichtet, dem Hilfeberechtigen ab dem 5. Juni 2010 bis zum 30. September 2010 Eingliederungshilfe nach dem Sechsten Kapitel des SGB XII in Form von Familienpflegeleistungen durch seine gesetzliche Betreuerin zu gewähren, der Beklagte dazu, dem Hilfeberechtigten ab dem selben Tag Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (im Folgenden: Grundsicherung) nach dem Vierten Kapitel des SGB XII zu gewähren. Die Zuständigkeit des Klägers für Leistungen der Eingliederungshilfe begründe sich durch § 14 Abs. 1 SGB IX, der auch für die örtliche Zuständigkeit gelte (Beschluss des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts [LSG] vom 6. Juli 2010 â \square L 9 SO 100/10 B ER / L 9 SO 100/10 B ER PKH -, Vorinstanz Sozialgericht [SG] Schleswig, Beschluss vom 1. Juni 2010 â \square S 15 SO 15/10 ER -).

Während des laufenden gerichtlichen Verfahrens leitete der Beklagte einen weiteren Antrag des Leistungsberechtigten vom 10. Juni 2010 â \square gerichtet auf Ã \square bernahme der Kosten fÃ $\frac{1}{4}$ r eine Ferienbetreuung als Leistung der Eingliederungshilfe im Juli 2010 â \square am 14. Juni 2010 an den KlÃ \square ger weiter.

Der Beklagte gewĤhrte dem Leistungsberechtigten daraufhin Leistungen der Grundsicherung, der KlĤger solche der Eingliederungshilfe auch ýber das Ende des gerichtlich ausgesprochenen Verpflichtungszeitraums hinaus. Unabhängig davon stellte der Leistungsberechtigte beim Kläger weitere Leistungsanträge. Aufgrund dessen kam es zur durchgehenden Bewilligung von Leistungen der Eingliederungshilfe in Gestalt einer Familienpflege als Vollzeitpflege für die Zeit ab 6. Juni 2010 und der Ã□bernahme der Kosten für die Beschäftigung und Betreuung im Förderbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen für die Zeit ab 1. Dezember 2010, auÃ□erdem von Hilfe zur Pflege während einer Ferienbetreuung im Juli 2010 (die Gewährung der Leistung als Eingliederungshilfe war zugleich durch gesonderten Bescheid mit der Begründung abgelehnt worden, es handle sich um eine Hilfe zur Pflege), während einer Ferienbetreuung im Juli 2011 und als Kurzzeitpflege im Oktober 2012 während der Verhinderung der Betreuerin.

Betreffend die Familienpflege schloss der KlĤger mit dem durch seine Betreuerin vertretenen Leistungsberechtigten und der Betreuerin selbst als â∏veranwortliche Betreuungspersonâ∏ â∏ nach Lage der Akten zweimal, jeweils befristet â∏ VertrĤge â∏über Leistungen nach § 55 Abs. 2 Nr. 6 SGB IX i. V. m. § 54 Abs. 1 Satz 1 SGB XII in Familienpflegeâ∏, erstmals am 19. Oktober 2010 rückwirkend ab 6. Juni 2010 bis zum 31. Dezember 2010 und dann für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2012. In dem ersten Vertrag heiÃŢt es unter Nr. 1 (â∏Vertragsparteienâ∏) unter anderem, die Beteiligten seien sich darüber einig, dass der Leistungsberechtigte ab dem 6. Juni 2010 weiterhin im Haushalt der Betreuerin verbleibe â∏und von dieser im Rahmen der Familienpflege gem. § 55 Abs. 2 Nr. 6 SGB IX i.V. m. § 54 Abs. 1 Satz 1 SGB XII versorgt, betreut und

gefĶrdertâ∏ werde. Unter Nr. 2 (â∏Vertragsinhaltâ∏) beider Verträge heiÃ∏t es, dass die Durchführung der Familienpflege â∏der Gewährleistung einer dem Wohl des behinderten Menschen entsprechenden Betreuung und Förderung in einer anderen Familie als eine zeitlich befristete oder auf Dauer angelegte Lebensform zur Verselbständigungâ∏ diene und nach MaÃ∏gabe der im Gesamtplan festgelegten Zielsetzungen, Vereinbarungen und Vorgaben erfolge. Leistungen und Pflichten der Betreuungsperson einerseits und des Klägers andererseits wurden in Nr. 3 und 4 der Verträge aufgezählt. Als Voraussetzung fþr die Eignung der Betreuungsperson wurde unter anderem genannt, dass sie über ausreichenden Wohnraum verfügt (Nr. 3.2 der Verträge). Zur Abgeltung der Betreuungsleistung verpflichtete sich der Kläger zur Zahlung eines monatlichen, nicht nach Einzelposten aufgegliederten Betrags (Nr. 4.1).

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2010 forderte der Kläger den Beklagten auf, die von ihm zwischenzeitlich â∏gemäÃ∏ § 14 SGB IXâ∏ bewilligten Leistungen der Eingliederungshilfe zu erstatten und den Hilfefall zum 1. Januar 2011 zu übernehmen. Er wiederholte seine Auffassung, dass die örtliche Zuständigkeit des Beklagten für Leistungen der Sozialhilfe ab Eintritt der Volljährigkeit des Leistungsberechtigten gegeben sei. Der Beklagte hielt an seiner Auffassung fest. Bei den dem Leistungsberechtigten zukommenden Leistungen der Eingliederungshilfe handele es sich um solche fÃ⅓r ambulant betreutes Wohnen, was zur örtlichen Zuständigkeit des Klägers fÃ⅓hre.

Nach weiterem Schriftwechsel zwischen dem Kläger und dem Beklagten, in denen beide ihren jeweiligen Rechtsstandpunkt zur örtlichen Zuständigkeit aufrecht hielten, und einer weiteren Anmeldung zur Kostenerstattung des Klägers (vom 29. November 2011), die der Beklagte ablehnte (Schreiben vom 24. Januar 2012), hat der Kläger am 17. Dezember 2013 vor dem Sozialgericht Berlin Klage erhoben, mit der er vom Beklagten die Erstattung seiner Aufwendungen fýr die in der Zeit ab 6. Juni 2010 bis laufend erbrachten Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege sowie die Klärung der kÃ⅓nftigen Leistungszuständigkeit in seinem Sinne geltend gemacht hat. Die Höhe der Aufwendungen für die Zeit vom 6. Juni 2010 bis zum 31. Dezember 2013 hat er mit 194.478,17 EUR beziffert, davon anteilig für die Ferienbetreuungen 2.726,72 EUR und für die Verhinderungspflege 1.609,23 EUR. Zur Begründung der Klage hat er seine Auffassung wiederholt und vertieft, dass der Beklagte sachlich und örtlich für die erbrachten Leistungen zuständig gewesen sei.

Der Beklagte hat ebenfalls seine Auffassung wiederholt, dass es sich um eine ambulante Wohnbetreuung handle, welche die ZustĤndigkeit des KlĤgers fortbestehen lasse. Diese Auffassung entspreche sogar der des Landes Berlin, wie sie in dem Rundschreiben I Nr. 2/2009 (der Berliner Senatsverwaltung fýr Gesundheit und Soziales) zum Ausdruck komme. Das Bundessozialgericht (BSG) habe ebenfalls bereits entschieden, dass es sich bei der Betreuung eines Erwachsenen in einer Pflegefamilie um eine ambulante Hilfeleistung handle (Hinweis auf BSG, Urteil vom 25. September 2014 â 🖺 B 8 SO 7/13 R -, SozR 4-3500 § 54 Nr. 13). Die Höhe der geltend gemachten Forderung hat er nicht bestritten, nachdem der Kläger eine Leistungsaufstellung vorgelegt hat.

Das Sozialgericht hat die Gerichtsakte des in Schleswig-Holstein anhängig gewesenen Verfahrens des gerichtlichen Eilrechtsschutzes beigezogen, eine Auskunft des Amtes Nordsee-Treene zum Zeitpunkt der melderechtlichen Anmeldung des Leistungsberechtigten unter der Anschrift seiner Pflegefamilie (9. Januar 1993) und Auskù¼nfte der Pflegemutter und Betreuerin des Leistungsberechtigten vom 28. Oktober 2014 (betreffend unter anderem seine Aufenthaltsorte ab Geburt) und vom 25. August 2016 (betreffend unter anderem den Umfang der weiter erforderlichen Unterstù¼tzung) eingeholt. Die an die leibliche Mutter des Leistungsberechtigten gerichtete Anfrage des Sozialgerichts, bis wann und in welcher Wohnung er bei ihr gewohnt habe, wann er bei ihr ausgezogen sei und wo und warum er anderweitig untergebracht worden sei, ist ohne Antwort in der Sache geblieben.

Die Beteiligten haben übereinstimmend erklärt, auf die Einrede der Verjährung hinsichtlich von Kostenerstattungsansprüchen beider Seiten (der Beklagte gegen den Kläger auf Erstattung der Aufwendungen für die gewährten Leistungen der Grundsicherung bis 2013) zu verzichten.

Durch Urteil vom 8. September 2016 hat das Sozialgericht den Beklagten entsprechend dem vom KlĤger in der mündlichen Verhandlung gestellten Klageantrag verurteilt, ihm die Aufwendungen der von ihm an den Leistungsberechtigten seit dem 5. Juni 2010 bis zum 31. August 2016 gewĤhrten â∏Teilhabeleistungenâ∏ in Höhe von 363.578,09 EUR und die weiterhin laufend gewährten Leistungen der Eingliederungshilfe zu erstatten. AuÃ∏erdem hat es festgestellt, dass der Beklagte die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege künftig in eigener Zuständigkeit zu leisten habe. Zur Begründung hat es ausgeführt, dass sich der Erstattungsanspruch des Klägers aus § 14 Abs. 4 Satz 1 SGB IX ergebe, soweit die Leistungen der Familienpflege vom 6. Juni bis zum 31. Dezember 2010 und die der Ferienbetreuung im Juli 2010 betroffen seien. Es handle sich um Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII. Für deren Erbringung sei der KlĤger als zweitangegangener LeistungstrĤger zustĤndig gewesen, weil der Beklagte die bei ihm gestellten LeistungsantrĤge an ihn weitergeleitet habe. Endgültig zuständig sei jedoch der Beklagte gewesen. Der Leistungsberechtigte habe in seinem Kreisgebiet seinen gewĶhnlichen Aufenthalt gehabt. Dadurch sei dessen Ķrtliche ZustĤndigkeit begrļndet. Sondervorschriften, die zu einer anderen Ķrtlichen ZustĤndigkeit fļhren würden, kämen nicht zur Anwendung. § 107 SGB XII, der für Kinder und Jugendliche, die in einer anderen Familie untergebracht seien, eine abweichende Zuständigkeit vorsehe, gelte ab dem Eintritt der Volliährigkeit des Leistungsberechtigten nicht mehr. Der vom Beklagten für sich in Anspruch genommene <u>§ 98 Abs. 5 SGB XII</u> sei nicht einschlĤgig, weil es sich bei dem Aufenthalt in einer Pflegefamilie nicht um eine ambulant betreute WohnmA¶glichkeit handle. Bei ihr mA¼sse die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft im Vordergrund stehen und nicht die medizinische oder pflegerische. Im vorliegenden Fall sei das VerhÄxltnis des Leistungsberechtigten vor allem zur Pflegemutter und Betreuerin durch eine persĶnliche Beziehung geprĤgt, die sich daran zeige, dass sie sich wie eine leibliche Mutter auch weiterhin um ihn kümmere, sowie an dem seit frühester Kindheit verwendeten gemeinsamen

Nachnamen. Dieser Annahme stehe nicht entgegen, dass die Pflegemutter fÃ1/4r die Betreuung des Leistungsberechtigten Leistungen der Familienpflege erhalte, um dessen Versorgung zu finanzieren. Auch der Umstand, dass mit § 107 SGB XII eine Sondervorschrift bei Unterbringung in einer Familie geschaffen worden sei, spreche dagegen, eine Pflegefamilie als betreutes Wohnen anzusehen. Das vom Beklagten genannte Rundschreiben des Landes Berlin binde die Gerichte nicht. Dem Urteil des BSG vom 25. September 2014 sei schlieA
lich nur zu entnehmen, dass es sich bei der Betreuung eines Erwachsenen in einer Pflegefamilie um eine ambulante MaÃ⊓nahme und nicht um eine stationäre handle. Der Erstattungsanspruch bestehe auch in der geltend gemachten HA¶he. Soweit der Beklagte Leistungen aufgrund der bei ihm gestellten AntrÄxge erbracht habe, sei seine ZustÄxndigkeit als erstangegangener TeilhabetrĤger gegeben, weil er die AntrĤge nicht weitergeleitet habe. Insoweit ergebe sich sein Erstattungsanspruch gegenļber dem Beklagten aus <u>§ 102</u> Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X). Der Kläger sei vorlĤufig leistender LeistungstrĤger gewesen. Er habe in den Bewilligungsbescheiden stets <u>§ 14 SGB IX</u> als Rechtsgrundlage mit angegeben. Au̸erdem sei der Betreuerin des Leistungsberechtigten bekannt gewesen, dass sich der KlĤger nur aufgrund der Verpflichtung in dem gerichtlichen Eilverfahren als zuständig angesehen habe und dass das hiesige Verfahren anhängig sei. Der Beklagte sei auch insoweit der endgļltig zustĤndige LeistungstrĤger. Da er dies sei, sei auch die vom KlĤger geltend gemachte Feststellung auszusprechen gewesen.

Mit seiner Berufung strebt der Beklagte die Abweisung der Klage an. Er wiederholt und vertieft seine Auffassung, dass der KlĤger fþr die von ihm erbrachten Leistungen sachlich und örtlich zuständig gewesen sei, weil sich der Leistungsberechtigte in einer ambulant betreuten Wohnmöglichkeit aufhalte.

Der Beklagte beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 8. September 2016 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Der KlĤger beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Er h \tilde{A} xIt die angefochtene Entscheidung f \tilde{A} 1/4r zutreffend.

Die Gerichtsakte des vorliegenden Rechtsstreits und des Verfahrens SG Schleswig S 15 SO 15/10 ER / Schleswig-Holsteinisches LSG L 9 SO 100/10 B ER, die Verwaltungsakten des Kl \tilde{A} $^{\times}$ gers sowie ein Band Verwaltungsakten \hat{a}_{\square} Kostenerstattungsvorgang \hat{a}_{\square} des Beklagten waren Gegenstand der m \tilde{A} 1 4 ndlichen Verhandlung. Wegen Einzelheiten des Sachverhalts wird auf den Inhalt dieser Aktenst \tilde{A} 1 4 cke Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Der Senat konnte $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber die Sache entscheiden, ohne dass der Leistungsberechtigte nach $\frac{\hat{A}\S}{75}$ Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG) notwendig beizuladen war. Dessen Rechtsposition wird durch das Erstattungsverfahren nicht ber $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hrt (s. statt aller BSG, Urteil vom 1. M \tilde{A} xrz 2018 \hat{a} B 8 SO 22/16 R \hat{a} \hat{a} SozR 4-3250 $\hat{A}\S$ 14 Nr. 28 m.w.Nachw.)

Die Berufung des Beklagten ist nur insoweit begründet, als durch das angefochtene Urteil die Feststellung getroffen worden war, dass er die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege künftig in eigener Zuständigkeit zu leisten habe. Im Ã□brigen ist sie unbegründet.

Die Feststellungsklage war unzulÄxssig und deshalb abzuweisen. Sie wÄxre allenfalls gemäÃ∏ § 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG zur Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines RechtsverhÄxltnisses in Betracht gekommen. UnabhÄxngig davon, ob eine Zuständigkeit auÃ∏erhalb des durch § 55 Abs. 1 Nr. 2 SGG ausdrýcklich geregelten Sozialversicherungsrechts (§ 1 Abs. 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch Viertes Buch) ein zwischen BehĶrden feststellungsfĤhiges RechtsverhĤltnis sein kann, steht der vom KlĤger begehrten Feststellung, dass der Beklagte (zustĤndigkeitshalber) zur Fallübernahme verpflichtet sei, die grundsÄxtzliche SubsidiaritÄxt einer Feststellungsklage als allgemeine Prozessvoraussetzung entgegen. Denn jeder Träger, der sich nicht oder nicht mehr für zuständig hält, kann entweder seine Leistung einstellen oder â∏ je nachdem, um welche Leistungen es sich handelt â∏ auf der Grundlage der §Â§ 102 ff SGB X oder des § 14 Abs. 4 SGB IX in der bis 31. Dezember 2017 geltenden Fassung ErstattungsansprÃ1/4che geltend machen. Seine Interessen gegenÃ1/4ber anderen Trägern sind dadurch ausreichend gewahrt (offen gelassen in BSG a.a.O. SozR 4-3250 § 14 Nr. 28).

Soweit Leistungen der Eingliederungshilfe streitig sind und damit der Anwendungsbereich des <u>§ 14 SGB IX</u> eröffnet ist (s. BSG wie eben dazu, dass die Vorschrift auch die Ķrtliche ZustĤndigkeit bestimmt), wĤre bei einem einheitlichen Leistungsgeschehen wie vorliegend eine â∏Fallübernahmeâ∏ durch den eigentlich zustĤndigen RehabilitationstrĤger auÄ∏erdem mit Sinn und Zweck des <u>§ 14 SGB IX</u> nicht vereinbar, gegenüber dem behinderten Menschen eine abschlie̸ende und ausschlieÃ∏liche Zuständigkeit zu normieren: Werden Leistungen zur Teilhabe beantragt, stellt der RehabilitationstrĤger gemĤÃ∏ § 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IX innerhalb von zwei Wochen nach Eingang des Antrags bei ihm fest, ob er nach den für ihn geltenden Leistungsgesetzen zuständig ist. Stellt er bei der Prüfung fest, dass er für die Leistung nicht zuständig ist, leitet er den Antrag gemäÃ∏ § 14 Abs. 1 Satz 2 (ab 1. Januar 2018: Satz 3) SGB IX unverzüglich dem seiner Auffassung nach zuständigen Rehabilitationsträger zu. Je nachdem, ob der Antrag innerhalb der Frist weitergeleitet wird oder nicht, entsteht danach entweder die LeistungszustĤndigkeit des TrĤgers, bei dem der Antrag gestellt worden ist (erstangegangener Träger), oder die des Trägers, an den der Antrag weitergeleitet wird (zweitangegangener TrÄger, § 14 Abs. 2 SÃxtze 1 und 3 [ab 1. Januar 2018: Satz 4] SGB IX), der den Rehabilitationsbedarf unverzüglich feststellt. Mehr als diese beiden Zuständigkeiten kennt das Teilhaberecht im Regelfall nicht und sie treten im VerhÄxltnis zum behinderten

Menschen endgýltig ein. Ein Weiterleitungsrecht besteht nicht bzw. nicht mehr, selbst wenn ein TrÃ=ger nach den Leistungsgesetzen â=eigentlich=nicht zustÃ=ndig ist. Lediglich unter den Voraussetzungen des Â= 14 Abs. 2 Satz 5 (ab 1. Januar 2019: Abs. 3) SGB IX kann sich hiervon eine Ausnahme ergeben (s. BSG, Urteil vom 20. Oktober 2009 â=0 B 5 R 5/07 R =0, SozR 4-3250 Â=14 Nr. 8).

Die vom Kläger statthaft erhobene allgemeine Leistungsklage (§ 54 Abs. 5 SGG; s. etwa BSG a.a.O. SozR 4-3250 § 14 Nr. 28) auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von Erstattungsforderungen in bestimmter Höhe fýr bestimmte bereits abgerechnete und dem Grunde nach fýr spätere Leistungszeiträume ist dagegen zulässig (s. zur prozessualen Möglichkeit einer Klage auf Erlass eines Grundurteils gemäÃ∏ § 130 SGG im Erstattungsverfahren etwa BSG, Urteil vom 25. September 2014 â∏ B 8 SO 7/13 R â∏, SozR 4-3500 § 54 Nr. 13; die in BSG a.a.O. SozR 4-3250 § 14 Nr. 28 als statthaft angesehene Feststellungsklage auf Bestehen einer Erstattungspflicht ist nicht zwingend). Die im Lauf des erstinstanzlichen Verfahrens vom Kläger vorgenommenen Ã∏nderungen bei der Leistungsklage (Erhöhung der Klageforderung) stellten keine Klageänderungen dar (§ 99 Abs. 3 Nr. 2 SGG).

Die Leistungsklage ist auch zulÄxssig, soweit sie Eingliederungshilfe fļr Zeiträume ab dem 1. Januar 2020 betrifft. Zwar ist Rechtsgrundlage für diese Leistungen seither nicht mehr das SGB XII, sondern der Zweite Teil des SGB IX. Au̸erdem ist nicht mehr der Träger der Sozialhilfe fþr die Leistungserbringung zuständig, sondern der damit nicht zwangsläufig identische, nach Landesrecht zu bestimmende Träger der Eingliederungshilfe (§ 94 Abs. 1 SGB IX). Im vorliegenden Fall ist der KlĤger aber weiterhin aktivlegitimiert, weil den bezirklichen ̸mtern für Soziales der einheitlichen Stadtgemeinde Berlin (Art. 1 Abs. 1 Verfassung von Berlin) die Durchfļhrung der Aufgaben des TrĤgers der Eingliederungshilfe zugewiesen ist (§ 2 Abs. 1 des Berliner Gesetzes zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch [SGB IX] vom 25. September 2019, GVBI. S. 602). Der Beklagte ist seinerseits passivlegitimiert, weil die Kreise und kreisfreien StĤdte im Land Schleswig-Holstein zu TrĤgern der Eingliederungshilfe mit sachlicher ZustĤndigkeit unter anderem für die Leistungen nach Teil 2 des SGB IX bestimmt worden sind und sie die Eingliederungshilfe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe auszufĽhren haben (§ 1 Abs. 1 des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch vom 22. MÃxrz 2018, GVOBI. S. 94). Auch die RechtswegzustĤndigkeit zu den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit besteht fļr die Leistungen nach dem Zweiten Teil des SGB IX fort (§ 51 Abs. 1 Nr. 6a SGG in der Fassung des Art. 20 Abs. 2 Nr. 1 des Bundesteilhabegesetzes vom 23. Dezember 2016, <u>BGBl. I S. 3234</u>),

Die Leistungsklage ist auch begründet, wie das Sozialgericht jedenfalls im Ergebnis zutreffend entschieden hat.

Rechtsgrundlage fÃ¹⁄₄r die Erstattung der vom Beklagten erbrachten Leistungen der Eingliederungshilfe ist <u>§ 14 Abs. 4 Satz 1 SGB IX</u> in der bis zum 31. Dezember 2017 geltenden Fassung, soweit der Kläger Leistungen als zweitangegangener Träger

aufgrund des ihm vom Beklagten im Jahr 2010 weitergeleiteten Leistungsantrags des Leistungsberechtigten erbracht hat. FÃ $\frac{1}{4}$ r die Leistungen, die der KlÃ α ger als erstangegangener LeistungstrÃ α ger aufgrund der bei ihm selbst gestellten und von ihm nicht weitergeleiteten LeistungsantrÃ α ge zustÃ α ndigkeitshalber erbracht hat, ist Rechtsgrundlage dagegen α 8 104 Abs. 1 SGB X.

GemäÃ∏ <u>§ 14 Abs. 4 Satz 1 SGB IX</u> in der bis 31. Dezember 2017 geltenden Fassung erstattet, wenn nach Bewilligung der Leistung durch einen Rehabilitationsträger nach Absatz 1 Satz 2 bis 4 festgestellt wird, dass ein anderer RehabilitationstrĤger für die Leistung zuständig ist, dieser dem RehabilitationstrĤger, der die Leistung erbracht hat, dessen Aufwendungen nach den für diesen geltenden Rechtsvorschriften. Die Vorschrift trägt der Sondersituation des zweitangegangenen RehabilitationstrĤgers Rechnung, indem sie lediglich für ihn einen speziellen Erstattungsanspruch begründet (s. ausführlich BSG, Urteil vom 26. Juni 2007 â∏∏ B 1 KR 34/06 R â∏∏, SozR 4-3250 § 14 Nr. 4). Er geht den allgemeinen Erstattungsansprüchen nach dem SGB X vor und verdrĤngt sie. Er sichert ab, dass der zweitangegangene RehabilitationstrĤger, dem der sich selbst fýr unzuständig haltende erstangegangene RehabilitationstrÄxger den Antrag weitergeleitet hat (von daher der Hinweis auf § 14 Abs. 1 Satz 2 bis 4 SGB IX, im Nachhinein vom â∏eigentlichâ∏ zuständigen Rehabilitationsträger die Aufwendungen â∏ wie au̸erhalb des <u>§ 14 SGB IX</u> ein vorläufig leistender Leistungsträger â∏∏ nach den für den zweitangegangenen Rehabilitationsträger geltenden Rechtsvorschriften erstattet erhÃxlt.

GemäÃ∏ <u>§ 104 Abs. 1 SGB X</u> ist, wenn ein nachrangig verpflichteter LeistungstrÄger Sozialleistungen erbracht hat, ohne dass die Voraussetzungen von § 103 Abs. 1 SGB X (nachträglich entfallene Leistungsverpflichtung) vorliegen, der LeistungstrĤger erstattungspflichtig, gegen den der Berechtigte vorrangig einen Anspruch hat oder hatte, soweit der LeistungstrĤger nicht bereits selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des anderen LeistungstrĤgers Kenntnis erlangt hat (Satz 1). Nachrangig verpflichtet ist ein LeistungstrĤger, soweit dieser bei rechtzeitiger Erfļllung der Leistungsverpflichtung eines anderen LeistungstrĤgers selbst nicht zur Leistung verpflichtet gewesen wĤre (Satz 3). Ein Erstattungsanspruch besteht nicht, soweit der nachrangig verpflichtete LeistungstrÄger seine Leistungen auch bei Leistung des vorrangig verpflichteten Leistungsträgers hätte erbringen müssen (Satz 3). GemäÃ∏ § 104 Abs. 3 SGB X richtet sich der Umfang des Erstattungsanspruchs nach den für den vorrangig verpflichteten LeistungstrĤger geltenden Vorschriften. § 104 Abs. 1 SGB X ist auch anwendbar, wenn â∏ wie im vorliegenden Fall â∏ die vorrangige Leistungsverpflichtung nur durch die Ķrtliche ZustĤndigkeit von ansonsten gleichrangigen LeistungstrĤgern begründet sein kann. Der Nachrang wird durch die Bestimmungen des <u>§ 14 Abs. 1</u> und 2 SGB IX gesetzlich hergestellt (BSG a.a.O. SozR 4-3250 § 14 Nr. 28).

Der Beklagte war im Sinne der genannten Vorschriften zustĤndiger bzw. vorrangig verpflichteter LeistungstrĤger.

Der Leistungsberechtigte ist aufgrund der bei ihm vorliegenden erheblichen gesundheitlichen BeeintrĤchtigungen, vor allem der deutlichen Intelligenzminderung, behinderter Mensch im Sinne des <u>§ 2 Abs. 1 SGB IX</u>. Bedingt durch seine Behinderungen ist er ohne begrĽndbare Zweifel nicht in der Lage, an der Gesellschaft wie ein im wesentlichen nicht behinderter Mensch teilzuhaben. Er war und ist deshalb dem Grunde nach Leistungsberechtigter der Leistungen der Eingliederungshilfe (<u>§ 53 Abs. 1 SGB XII</u> in der bis 31. Dezember 2019 geltenden Fassung, fþr die Zeit ab 1. Januar 2020 i.V. mit <u>§ 99 SGB IX</u> in der ab diesem Zeitpunkt geltenden Fassung). Dies ist zwischen den Beteiligten auch nicht streitig.

Der Klå¤ger hat Leistungen der Eingliederungshilfe â∏ in Gestalt sogenannter Familienpflege (bis 31. Dezember 2019: § 54 Abs. 1 Satz 1 SGB XII i.V. mit § 55 Abs. 1 SGB IX in der bis 31. Dezember 2017 geltenden Fassung -; ab 1. Januar 2020: §Â§ 102 Abs. 1 Nr. 4, 113 Abs. 1 und Abs. 2 SGB IX) und von Leistungen fþr und während des Aufenthalts des Leistungsberechtigten in einer Werkstatt fþr behinderte Menschen (bis 31. Dezember 2019 § 54 Abs. 1 Satz 1 SGB XII i.V. mit §Â§ 39, 41, 42 Abs. 2 Nr. 2, 136ff SGB IX in der bis 31. Dezember 2017 geltenden Fassung; ab 1. Januar 2020: § 111 Abs. 1 Nr. 1 i.V. mit §Â§ 58, 63 Abs. 2 Nr. 4, 113 Abs. 4, 219ff SGB IX) â∏ erbracht. Dies steht fþr den Senat angesichts der offenkundigen Zielrichtung der Leistungen, die Teilhabe des Leistungsberechtigten am Leben in der Gemeinschaft und am Arbeitsleben zu fördern, fest und ist vorbehaltlich der genauen rechtlichen Einordnung der Leistungen der Eingliederungshilfe im Zusammenhang mit den streitigen Zuständigkeitsfragen auch zwischen den Beteiligten nicht streitig.

Als sachlich zuständiger Träger der Sozialhilfe (bis Ende 2019) beziehungsweise der Eingliederungshilfe (ab 2020) kommen der Kläger oder der Beklagte in Betracht, wie bereits ausgefýhrt.

Die Ķrtliche ZustĤndigkeit der LeistungstrĤger bestimmte sich bis 31. Dezember 2019 nach <u>§ 98 SGB XII</u>. Nach dessen Abs. 1 ist fù⁄₄r die Sozialhilfe der TrĤger der Sozialhilfe Ķrtlich zustĤndig, in dessen Bereich sich die Leistungsberechtigten tatsĤchlich aufhalten (Satz 1). Diese ZustĤndigkeit bleibt bis zur Beendigung der Leistung auch dann bestehen, wenn sie auÄ∏erhalb seines Bereichs erbracht wird (Satz 2). Abweichend davon bestimmt Abs. 5, dass fù⁄₄r die Leistungen nach dem SGB XII an Personen, die Leistungen nach dem Sechsten bis Achten Kapitel in Formen ambulanter betreuter WohnmĶglichkeiten erhalten, der TrĤger der Sozialhilfe Ķrtlich zustĤndig ist, der vor Eintritt in diese Wohnform zuletzt zustĤndig war oder gewesen wĤre (Satz 1). Vor Inkrafttreten des SGB XII begrù⁄₄ndete Zuständigkeiten bleiben hiervon unberù⁄₄hrt (Satz 2).

FÃ⅓r die Zeit ab 1. Januar 2020 regelt <u>§ 98 Abs. 5 SGB IX</u>, dass bei Personen, die â∏ wie der Leistungsberechtigte â∏ am 31. Dezember 2019 Leistungen nach dem Sechsten Kapitel SGB XII in der am 31. Dezember 2019 geltenden Fassung bezogen haben und auch ab dem 1. Januar 2020 Leistungen nach Teil 2 des SGB IX erhalten, der Träger der Eingliederungshilfe örtlich zuständig ist, dessen örtliche Zuständigkeit sich am 1. Januar 2020 im Einzelfall in entsprechender Anwendung von § 98 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 5 SGB XII oder in entsprechender Anwendung von

§ 98 Abs. 2 Satz 1 und 2 in Verbindung mit § 107 SGB XII ergeben würde (Satz 1). Absatz 1 Sätze 3 bis 5 (des § 98 SGB IX) gelten entsprechend (Satz 2). Im Ã□brigen bleiben die Absätze 2 bis 4 des § 98 SGB IX unberührt (Satz 3). Nach § 98 Abs. 1 Sätze 3 bis 5 SGB IX bleibt die Zuständigkeit bis zur Beendigung des Leistungsbezuges bestehen. Sie ist neu festzustellen, wenn für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens sechs Monaten keine Leistungen bezogen wurden. Eine Unterbrechung des Leistungsbezuges wegen stationärer Krankenhausbehandlung oder medizinischer Rehabilitation gilt nicht als Beendigung des Leistungsbezuges.

Die Ķrtliche ZustĤndigkeit des Beklagten folgt gemĤÃ∏ <u>§ 98 Abs. 1 Satz 1 SGB</u> XII in unmittelbarer (bis 2019) bzw. entsprechender Anwendung (ab 2020) daraus, dass sich der Leistungsberechtigte in seinem Kreisgebiet tatsĤchlich aufhĤlt.

Die Voraussetzungen des <u>§ 98 Abs. 5 SGB XII</u>, der allein eine <u>örtliche</u> Zust<u>Ã</u>¤ndigkeit des Klägers begr<u>Ã</u>½nden könnte, liegen nicht vor. Der Leistungsberechtigte hielt und hält sich nicht in einer ambulant betreuten WohnmA¶glichkeit auf.

Der Begriff der (ambulant) betreuten WohnmA¶glichkeiten wird im Gesetz selbst nicht definiert. Nach der GesetzesbegrA1/4ndung zu der seit 1. Januar 2005 geltenden Ursprungsfassung des Satzes 1 des <u>§ 98 Abs. 5 SGB XII</u> (â∏∏Für die Leistungen an Personen, die Leistungen in Formen ambulanter betreuter WohnmĶglichkeiten erhalten, bleibt der TrĤger der Sozialhilfe Ķrtlich zuständig, der vor Eintritt in diese Wohnform zuletzt örtlich zuständig warâ∏) orientierte er sich an <u>§ 55 Abs. 2 Nr. 6 SGB IX</u> in der damaligen und bis 31. Dezember 2019 im Recht der Eingliederungshilfe anwendbaren Fassung (s. BT-Dr. 15/1514, 67 zu § 93 Abs. 5 des Gesetzentwurfs). Danach waren Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft insbesondere â∏∏Hilfen zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeitenâ∏. Durch diese Bestimmung des SGB IX sollte eine â∏eindeutige Rechtsgrundlage für Hilfen zur Verselbstständigung in betreuten Wohnmöglichkeitenâ∏∏ geschaffen und die bisher fýr solche Hilfen herangezogene Rechtsgrundlage des § 40 Abs. 1 Nr. 8 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in Verbindung mit § 19 Eingliederungshilfe-Verordnung â∏ betreffend die sozialhilferechtliche Eingliederungshilfe in Form der Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft â∏∏ â∏∏konkretisiert und verallgemeinertâ∏ werden (BT-Dr. 14/5074, 111 zum Gesetzentwurf des SGB IX). Die Ersetzung der im Gesetzentwurf noch verwendeten Begrifflichkeit â∏zur Verselbstständigungâ∏∏ im Lauf des Gesetzgebungsverfahrens durch die Begrifflichkeit â∏⊓zu selbstbestimmtem Lebenâ∏∏ bezweckte die â∏∏Klarstellung des Gewolltenâ∏∏ (<u>BT-Dr. 14/5800</u>, 29).

Die à nderung des <u>§ 98 Abs. 5 Satz 1 SGB XII</u> in die oben wiedergegebene, seit 7. Dezember 2006 geltende Fassung sollte dann â den Regelungsbereich klarstellenâ (<u>BT-Dr. 16/2711</u>, 13). Daraus war abzuleiten, dass der Gesetzgeber zwar einerseits nur bestimmte Leistungsf Azlle als (ambulant) betreutes Wohnen ansehen wollte â solche nach dem Sechsten bis Achten Kapitel des SGB XII -, in diesem Rahmen aber auch solche, in denen kein Teilhabeziel im Sinn der

Eingliederungshilfe beachtlich ist (wie bei den Hilfen zur Pflege, s. BSG, Urteil vom 30. Juni 2016 $\hat{a}_{\square} B 8 SO 6/15 R \hat{a}_{\square}$, SozR 4-3500 \hat{A} § 98 Nr. 4). \hat{A} § 98 Abs. 5 Satz 1 SGB XII erfasst in der Folge keine $\hat{a}_{\square}W$ ohnform \hat{a}_{\square} , die sich durch bestimmte, allgemeine Gegebenheiten definiert, sondern eine Form der Betreuungsleistung (BSG wie eben). Es ist rechtlich ohne Belang, ob diese damit verbunden ist, dass auch eine Wohnung durch den betreuenden Leistungserbringer zur Verf \hat{A}_{\square}^{1} 4gung gestellt wird (BSG wie eben unter Hinweis auf BSG, Urteil vom 25. August 2011 \hat{a}_{\square} B 8 SO 7/10 R \hat{a}_{\square} , SozR 4-3500 \hat{A} § 98 Nr. 1).

Wird weiter berýcksichtigt, dass § 98 Abs. 5 Satz 1 SGB XII den Schutz sogenannter Einrichtungsorte bezweckt (BSG a.a.O. SozR 4-3500 § 98 Nr. 4), kann bei der Auslegung der Vorschrift jedoch nicht auÃ \Box er Betracht bleiben, dass der Gesetzgeber fýr die Betreuungsform der Pflegefamilie (Familienpflege) durch § 107 SGB XII eine gesonderte, auch zustÃ α ndigkeitsbegrýndende, Schutznorm fýr den Betreuungsort geschaffen hat (s. BSG, Urteil vom 05. Juli 2018 â α 0 B 8 SO 32/16 R â α 0, SozR 4-3500 § 98 Nr. 5; zum Doppelcharakter der inhaltsgleichen VorgÃ α 0 gervorschrift des § 104 BSHG als ZustÃ α 0 digkeits- und Erstattungsregelung s. BVerwG, Urteil vom 17. Dezember 2003 â α 0 5 C 14/02 â α 1, BVerwGE 119, 356ff).

Diese Form der Eingliederungshilfe hat er bezüglich der örtlichen Zuständigkeit wegen der von ihm gesehenen IntensitÄxt der Betreuung ausdrļcklich nicht mit den von <u>§ 98 Abs. 5 Satz 1 SGB XII</u> erfassten ambulanten Leistungen gleichgesetzt. Vielmehr hat er die stationĤre Unterbringung betreffende Vorschrift des <u>§ 98 Abs.</u> 2 SGB XII fÃ¹/₄r entsprechend anwendbar erklärt (s. dazu BSG, Urteil vom 26. Oktober 2017 $\hat{a} \sqcap B \otimes SO 12/16 R \hat{a} \sqcap B \otimes SO 12/16 R$ ändert zwar nichts daran, dass die Betreuung in einer Pflegefamilie materiell keine stationäre Unterbringung darstellt (s. auch dazu BSG wie eben). Der Gesetzgeber hat aber (trotzdem) ausdrücklich den Rechtszustand fortgeschrieben, der durchgehend seit dem Inkrafttreten des BSHG am 1. Juli 1962 bestand, welches seinerseits in § 104 â∏weitgehend die fortschrittlichen Regelungen der Fürsorgerechtsvereinbarungâ∏ (FRV) übernehmen wollte (BT-Dr. 1799 der 3. Wahlperiode, S. 57 zu Abschnitt 9 und § 97 des Gesetzentwurfs des BSHG; die FRV datierte ihrerseits vom 18. September 1947 bzw. 3. Mai 1949, Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge [NDV] 28, S. 3, 29, S. 90). An der § 104 BSHG entsprechenden Regelung hatte der Gesetzgeber auch festgehalten, nachdem er mit Inkrafttreten des SGB XII am 1. Januar 2005 durch § 98 Abs. 5 SGB XII ausdrücklich eine Zuständigkeitsregelung für Personen in ambulant betreuten WohnmĶglichkeiten geschaffen hatte (BT-Dr. 15/1514 S. 67 zu § 93, S. 68 zu § 102).

Der durch § 107 SGB XII bewirkte Schutz des Sozialhilfeträgers am Ort der Pflegefamilie (s. auch dazu BSG a.a.O. SozR 4-3500 § 98 Nr. 5) ist aber ausdrýcklich auf Kinder und Jugendliche beschränkt. Anknüpfend an das Kinder- und Jugendhilferecht sind dies Menschen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 7 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Sozialgesetzbuch Achtes Buch). Er entfällt deshalb mit Eintritt der Volljährigkeit des Leistungsberechtigten.

Vor dem beschriebenen Hintergrund ist <u>ŧ 107 SGB XII</u> zu entnehmen, dass er nur einen zeitlich begrenzten Schutz des Betreuungsortes bewirken sollte. DafÄ¹/₄r, dass die Betreuungsform der Familienpflege mit Eintritt der VolljĤhrigkeit in der der ambulant betreuten WohnmĶglichkeit aufgehen sollte, ergibt sich aus der dargestellten Gesetzgebungsgeschichte nichts. Es wĤre auch kein nachvollziehbarer Grund erkennbar, warum bei vor wie ab Eintritt der VolljĤhrigkeit unverĤnderten Betreuungsnotwendigkeit und unverĤnderten BetreuungsverhĤltnissen ab dem Eintritt der VolljĤhrigkeit andere Vorschriften Ĺ/4ber den Schutz von Einrichtungsorten anwendbar sein sollten als zuvor.

Der Leistungsberechtigte befand sich auch ab dem Eintritt seiner VolljĤhrigkeit in der Betreuungssituation einer Pflegefamilie bzw. Familienpflege. Er lebte wie zuvor in der HĤuslichkeit seiner Pflegemutter und Betreuerin. Von ihr erhĤlt er die erforderliche Betreuung auch und vor allem fĽr die Lebensfļhrung im hĤuslichen Bereich, die er behinderungsbedingt nicht ohne fremde Hilfe bewĤltigen kann. Am Inhalt der Betreuung hat sich angesichts der bei ihm vorliegenden erheblichen EntwicklungsverzĶgerung mit dem Eintritt der VolljĤhrigkeit nichts geĤndert. Sie ist, wie das Sozialgericht zutreffend ausgefļhrt hat, durch die persĶnliche Zuwendung der Pflegemutter gekennzeichnet. Die starke Anbindung an sie wird noch dadurch unterstrichen, dass der Leistungsberechtigte schon seit frühester Kindheit ihren Familiennamen führt.

Nicht zuletzt unterscheidet sich die vorliegend bestehende Betreuungssituation der Pflegefamilie/Familienpflege dadurch von der eines ambulant betreuten Wohnens im Sinne eines institutionalisierten Angebots der Eingliederungshilfe, als sie nicht darauf ausgerichtet ist, den Leistungsberechtigten zu selbststĤndiger LebensfĽhrung zu befĤhigen und dadurch den Teilhabebedarf künftig zu verringern. Der Leistungsberechtigte wird voraussichtlich auf Dauer stĤndiger Betreuung bedļrfen. Sofern die Pflegemutter als Betreuungsperson ausfiele, könnten die erforderlichen Hilfen unter diesen UmstĤnden nur in stationĤrem Rahmen gesichert werden.

Der rechtliche Charakter der Betreuung des Leistungsberechtigten hat sich schlieÄ []lich nicht dadurch verÄ mndert, dass der KlÄ mger mit ihm und der Pflegemutter jedenfalls bis zum Jahresende 2012 mehrseitige Ä ¶ffentlich-rechtliche VertrÄ mge (Â § Â § 53, 55 SGB X) geschlossen hatte. Hilfen im Rahmen einer Pflegefamilie werden ebenso in einem rechtlich geregelten Rahmen erbracht wie Hilfen durch Dienste oder Einrichtungen.

Der Erstattungsanspruch besteht dem Grunde nach für die vom Kläger erbrachten Leistungen der Eingliederungshilfe. Die für den Kläger geltenden Rechtsvorschriften über die Leistungen entsprechen den für den Beklagten geltenden, nachdem lediglich die örtliche Zuständigkeit in Streit steht. Soweit der Kläger einen Erstattungsanspruch in konkreter Höhe geltend macht, ist er nach eigener Prüfung durch den Senat zutreffend berechnet. Auch der Beklagte hatte Einwendungen insoweit nicht erhoben.

Der Anspruch des Klägers auf Erstattung der Aufwendungen, die ihm aus Anlass der Ferienbetreuungen 2010 und 2011 und der Verhinderungspflege 2012 entstanden sind, beruht dagegen â \square anders als vom Sozialgericht angenommen â \square auf § 105 SGB X. Die Voraussetzungen fýr eine Erstattung gemäÃ \square § 102 SGB X sind nicht erfýllt. Hat ein Leistungsträger auf Grund gesetzlicher Vorschriften vorläufig Sozialleistungen erbracht, ist danach der zur Leistung verpflichtete Leistungsträger erstattungspflichtig. Der als Rechtsgrundlage allein in Betracht kommende § 43 Abs. 1 Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I) verpflichtet im Fall von Zuständigkeitsstreitigkeiten den zuerst angegangenen Leistungsträger, vorläufig Leistungen zu erbringen.

Die ZustĤndigkeitsregelungen des § 14 SGB IX stehen der Anwendung des § 43 SGB I zwar nicht entgegen, weil es sich bei der Leistung, deren Erstattung begehrt wird, nicht um eine der Teilhabe im Sinne des § 5 SGB IX handelte: Die Bewilligung erfolgte als Hilfe zur Pflege, soweit eine Leistung als Eingliederungshilfe beantragt worden war, hatte sie der KlĤger ausdrĽcklich und bestandskrĤftig abgelehnt. Für die Aufwendungen aus Anlass der Ferienbetreuung 2010 fehlt es aber bereits an einer Rechtsgrundlage für die vorläufige Erbringung von Leistungen. Der Kläger war nicht der erstangegangene Leistungsträger. Der Leistungsantrag war beim Beklagten gestellt worden. Keine Bedeutung hat, ob er oder der Leistungsberechtigte ihn als Antrag auf Leistungen der Eingliederungshilfe ansahen. Der Beklagte hatte ihn unter dem Gesichtspunkt der Meistbegünstigung unter allen rechtlichen Gesichtspunkten zu prþfen.

Für die Aufwendungen aus Anlass der Ferienbetreuung 2011 und der Verhinderungspflege 2012 scheitert ein Erstattungsanspruch auf der Grundlage des § 102 Abs. 1 SGB X daran, dass die Leistung nicht gegenüber dem Leistungsberechtigten erkennbar vorläufig erbracht worden ist (s. zu diesem Erfordernis BSG, Urteil vom 10. Juli 2014 â∏ B 10 SF 1/14 R â∏, SGb 2014, 504). Dies musste der Leistungsberechtigte nicht allein daraus ableiten, dass er selbst ein Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes zur Klärung von Zuständigkeiten angestrengt hatte und dass ihm der vorliegende Erstattungsstreit jedenfalls ab einem bestimmten Zeitpunkt bekannt war. Dazu besteht für ihn als rechtlicher Laie keine Obliegenheit. Aus den Bescheiden über die Leistungsbewilligungen selbst konnte er dagegen nicht unmittelbar ersehen, ob der Kläger seine Zuständigkeit endgültig oder nur vorübergehend bis zu deren Klärung gesehen hatte.

Rechtsgrundlage für Erstattungsansprüche betreffend die drei genannten Zeiträume ist dagegen <u>§ 105 SGB X</u>. Hat ein unzuständiger Leistungsträger Sozialleistungen erbracht, ohne dass die Voraussetzungen von <u>§ 102 Abs. 1 SGB X</u> vorliegen, ist danach der zuständige oder zuständig gewesene Leistungsträger erstattungspflichtig, soweit dieser nicht bereits selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des anderen Leistungsträgers Kenntnis erlangt hat (Abs. 1 Satz 1). Der Umfang des Erstattungsanspruchs richtet sich nach den für den zuständigen Leistungsträger geltenden Rechtsvorschriften (Abs. 2). Die Absätze 1 und 2 gelten gegenüber den Trägern der Eingliederungshilfe, der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe nur von dem Zeitpunkt ab, von dem

ihnen bekannt war, dass die Voraussetzungen f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r ihre Leistungspflicht vorlagen (Abs. 3).

Der KlĤger war aus den oben genannten Gründen unzuständiger Träger, der Beklagte dagegen zuständiger. <u>§ 105 Abs. 3 SGB X</u> steht dem Anspruch nicht entgegen. Insoweit kommt zum Tragen, dass dem Beklagten angesichts des laufenden Streits über die Zuständigkeit zur Leistungserbringung bewusst sein musste, dass er leistungspflichtig sein konnte.

Die Höhe der Erstattungsansprüche ist nach eigener Prüfung durch den Senat ebenfalls zutreffend.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber die Kosten beruht auf $\frac{\hat{A}\S 197a \ Abs. \ 1 \ SGG}{154 \ Abs. \ 1}$, $\frac{155 \ Abs. \ 1}{161 \ Abs. \ 1}$ Verwaltungsgerichtsordnung. Hierbei war zu ber $\tilde{A}^{1}/_{4}$ cksichtigen, dass die Berufung in so geringem Umfang erfolgreich war, dass der Anteil des Obsiegens nicht ins Gewicht fiel.

Die Revision wird wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache zugelassen (§ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG).

Erstellt am: 09.06.2020

Zuletzt verändert am: 22.12.2024